deten unter anderem zwei Menschen, die in einem Döner-Imbiss arbeiteten. Als wäre der rechte Terror nicht schon genug, ermittelten die Behörden zunächst gegen Familie und Freunde der Ermordeten.

Nazis morden – Der Staat macht mit

Schlussendlich sprachen die Behörden einer dreiköpfigen Bande die Schuld an den NSU-Morden zu. Angelika Lex, die Anwältin der Familie des 2005 in München erschossenen Theodoros Boulgarides, fasste den NSU-Prozess während einer Demo so zusammen: *„Auf diese Anklagebank gehören nicht fünf, sondern 50 oder noch besser 500 Personen, die mitverantwortlich sind für diese Mordtaten, diese Sprengstoffanschläge, nicht nur, weil sie sie nicht verhindert haben, sondern auch, weil sie nichts getan haben, um sie aufzuklären – aber auch, weil sie aktiv mitgewirkt und unterstützt haben“*.

Der NSU agierte nicht alleine. Seine Taten wurden erst möglich durch ein Unterstützer-Netzwerk, das sich im Wesentlichen aus Blood&Honour-Strukturen zusammensetzte. Es war durchsetzt von Neo-Nazis, die von Polizei und Geheimdiensten bezahlt wurden – mindestens 40 sollen es gewesen sein. Schuld tragen auch und vor allem die Leute, die mit Geldzahlungen, Beschaffung von Pässen, blockierten Ermittlungen und direkter Agententätigkeit die terroristischen Faschisten in ihrem Sinne steuerten. Diese sitzen in Polizei und Geheimdiensten und werden keinem Richter vorgeführt.

Befreiung erkämpfen!

Am Tag der Befreiung, als der Hitlerfaschismus endlich unterlag und zerschlagen wurde, hoffte man auf eine endgültige Niederlage der Faschisten. Kurz darauf wurde allerdings klar, dass die Entnazifizierung nur in der öffentlichen Propaganda stattfand. An Notwendigkeit hat sie aber nie verloren. Heute leben hunderte Neonazis im Untergrund. Dazu gesellen sich tausende bewaffnete Reichsbürger und eine Vielzahl an SympathisantInnen in Polizei und Geheimdiensten. Mit der AfD haben sie auch eine Partei, die die Bevölkerung spaltet und Deutsche gegen MigrantInnen aufhetzt. Es ist also Zeit der braunen Bewegung Einhalt zu gebieten. Wir dürfen nicht müde werden Gerechtigkeit zu fordern für die Menschen, die von rechten Terroristen und ihren Unterstützern ermordet wurden und weiter ermordet werden. Wir müssen weiterkämpfen bis kein Mensch in diesem Land aufgrund seiner Herkunft oder seiner Religion um sein Leben fürchten muss. Dabei können wir unser Schicksal nicht in die Hände eines Staates geben, der selbst den Faschismus sprießen lässt wie Unkraut. Wir werden siegen in einer Gesellschaft, die Rassismus und Faschismus und die Ausbeutung des Menschen nur aus den Geschichtsbüchern kennt.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare auf

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per *Whatsapp* oder *Telegram* mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1: By Beth Rankin - originally posted to Flickr as Doing the best she can, CC BY 2.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4316685 ; Foto 2: pixabay.com; Foto 3: By Mil.ru, CC BY 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=80632310

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 38 | Mai 2020 www.perspektive-online.net

Wir Frauen stemmen die Krise – und haben eine bessere Idee!

- von Lowis Brenner -

Mit Kleinkind auf dem Schoß im Home-Office arbeiten, die Großeltern versorgen und im überfüllten Supermarkt den Mindestabstand einhalten: Die Corona-Krise stellt für viele Haushalte eine enorme Belastung dar und macht ein strukturelles Problem sichtbar.

Denn im Zuge der Corona-Pandemie und der Wirtschaftskrise schlittern wir auch in eine Care-Krise. Care-Arbeit, auf Deutsch auch Sorgearbeit genannt, bezeichnet alle Tätigkeiten der Pflege und der Fürsorge, egal ob unbezahlt in der Familie oder beispielsweise in Kindertagesstätten. Darunter fallen alle Aufgaben des Haushalts, der Erziehung und Versorgung.

Wer leistet diese Arbeit?

Im Kapitalismus ist der Großteil der Care-Arbeit ins Private gedrängt und stellt jede Familie, vordergründig jedoch die Frau, vor die individuelle Herausforderung Lohn- und Care-Arbeit unter einen Hut zu bringen. Diese immer noch bestehende Rollenauf-

teilung hält die patriarchale Unterdrückung aufrecht, weil Frauen deshalb weniger arbeiten, weniger verdienen und in der Folge finanziell abhängig sind.

Auch die bezahlte Care-Arbeit wird hauptsächlich von Frauen gestemmt. Im Gesundheits- und Betreuungswesen sowie im Lebensmittelhandel sind 81%, 88% und 71% der Beschäftigten Frauen – Frauen stemmen die Krise.

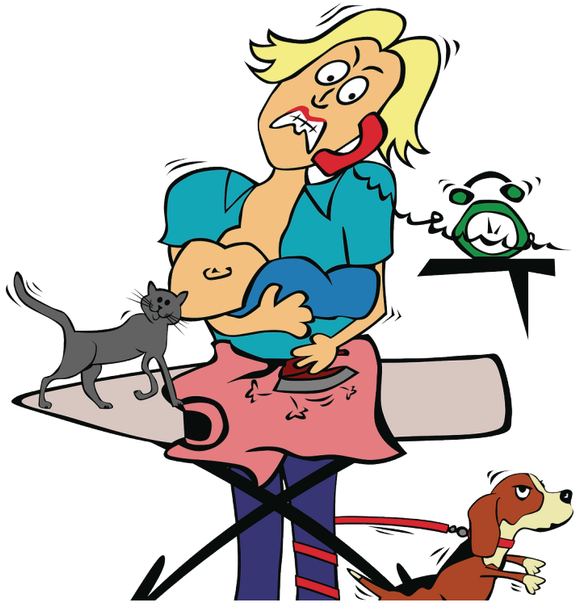
Obwohl die Sorgearbeit für unsere Gesellschaft absolut unverzichtbar ist, wird sie in normalen Zeiten kaum wahrgenommen und meist den Frauen aufgelastet. Genannte „systemrelevante Berufe“ sind chronisch unterbezahlt und vor allem das jahrelang kaputtgesparte Gesundheitssystem kommt an seine Grenzen.

Wir erleben eine Care-Krise

Jetzt in der Corona-Krise wird vielen plötzlich klar, dass ihr Lebensentwurf zentral von der Verrichtung der Care-Arbeit abhängt. Und es wird deutlich, dass bei der momentanen Organisierung der Care-Arbeit Hygienestandards nicht eingehalten und die Versorgung aller nicht sichergestellt werden kann. Das profitorientierte Gesundheitswesen, das dem kapitalistischen Markt überlassen wird, droht zu versagen. Die vielen ambulant Pflegebedürftigen können kaum versorgt werden und in Krankenhäusern fehlt die Schutzausrüstung und das Personal.

Auch die unbezahlte Care-Arbeit muss weiter verrichtet werden oder vermehrt sich in der Regel. Beim Versuch das zu bewältigen entsteht ein ungeplantes Durcheinander.

Die Supermärkte entwickeln sich zu Infektionsherden, da jeder Haushalt einzeln einkauft. Jede Familie muss die Kinderbetreuung alleine organisieren. In der Not müssen das oft die Großeltern übernehmen, obwohl diese ja eigentlich geschützt werden sollten.



Frauen müssen oft viele Aufgaben gleichzeitig bestreiten

In der Bevölkerung macht sich Unsicherheit breit, das Ergebnis waren oft unsolidarische Hamsterkäufe.

Kurzum: Die Sorgearbeit wird durch finanzielle, hygienische und psychische Hürden erschwert und dadurch kann gute Versorgung heute nicht für jede/n gewährleistet werden.

Unsere Alternative: Vergesellschaften!

Die Corona-Pandemie zeigt, dass die momentane Organisierung der Care-Arbeit Ausdruck der Unterdrückung der Frau ist und die Gesellschaft nicht zuverlässig versorgen kann.

Dem gegenüber steht die Alternative einer vergesellschafteten Care-Arbeit. Dabei geht auch darum, gesellschaftliche Probleme auch als solche zu behandeln und nicht jedem Einzelnen zu überlassen. Wenn Care-Arbeit eine gesellschaftliche Aufgabe ist, können Informationen zentral gesammelt, Kapazitäten nach Bedarf verteilt und ein solidarisches System etabliert werden.

Im Falle der Corona-Pandemie hätte man einen Überblick über die Orte an denen personenbezogene Fürsorge geleistet wird, wo Infektionsrisiken bestehen und wie man sie für alle minimieren kann. Das ermöglicht dann auch die Systematisierung von Tests und Daten, die für die Pandemieeindämmung grundlegend sind. Nur so können wir koordinierten Infektionsschutz betreiben und die Belastung durch Sorgearbeit, von der wir alle abhängig sind, gerecht verteilen. Deshalb darf sie weder dem kapitalistischen Profitstreben unterliegen noch ins Private gedrängt und individualisiert werden!

Ist der Faschismus schon besiegt?

– von Enver Liria –

Am 8. Mai 1945 unterzeichnete das faschistische Deutschland die bedingungslose Kapitulation. Seither feiert man diesen Tag als den Tag der Befreiung. Doch der Faschismus in Deutschland ist nicht nur eine Sache der Vergangenheit, denn er wurde noch nicht endgültig besiegt.

Viele kennen das Bild von dem Sowjetsoldaten, der auf dem Reichstag die rote Fahne hisst. Damit war das Deutsche Reich endgültig geschlagen und eine dunkle Periode der deutschen Geschichte nahm ihr Ende. Der Zweite Weltkrieg hinterließ Millionen Tote und zerstörte weite Teile Europas und der Welt. Umso mehr freuten sich die geknechteten Völker über das Ende des imperialistischen Wahnsinns.

Mit den Jahrzehnten verblasste die Erinnerung an die Grauen des Faschismus an der Macht. In der Nachkriegszeit erspielten sich PolitikerInnen große Sympathiepunkte mit ihrem ehrlichen oder vermeintlichen Antifaschismus. Doch heute erklingt ein anderer Ton. Heute sprechen rechte Spitzenpolitiker über das Holocaust-Denkmal in Berlin vom ‚Denkmal der Schande‘ und fordern eine „180-Grad-Wende“ in der deutschen Erinnerungskultur. Mit Blick auf die letzten Monate und Jahre merkt man allerdings, das die Erinnerungen an die Gräueltaten des Faschismus immer mehr an Aktualität gewinnen.

Rechter Terror zieht durchs Land

Das rechte Attentat in Hanau rüttelte viele Menschen wach. An einem Abend im Februar hatte ein deutscher Faschist gezielt MigrantInnen in zwei Lokalen in der Hanauer Innenstadt ermordet. Danach erschoss er Zuhause seine Mutter und im Anschluss sich selbst. Noch am selben Abend schrieb der Focus über die ‚Shisha-Morde‘. Mit einem ähnlichen rassistischen Ton schrieben die Springer-Hetzblätter Jahre zuvor über die ‚Döner-Morde‘.

Gemeint waren damit die Morde der Neonazis, die sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannten. Sie ermor-

2. Mai 1945: Bei der Schlacht um Berlin wird eine sowjetische Fahne auf dem Reichstag gehisst